



Berlin, 13. Mai 2011

GdP: Stadionverbote konsequent aussprechen

Witthaut: Radikalisierung der Ultras gefährdet Sicherheitspartnerschaft von Fußball, Fans und Polizei

Berlin. Die zunehmende Radikalisierung und hohe Gewaltbereitschaft eines Teils der Ultra-Bewegung gefährdet nach Auffassung der Gewerkschaft der Polizei (GdP) die von Fans, Fußball und Polizei gemeinschaftlich initiierte Sicherheitspartnerschaft, sagte der Bundesvorsitzende der GdP, Bernhard Witthaut, vor dem letzten Spieltag der Fußball-Bundesliga am morgigen Sonnabend. Der GdP-Vorsitzende: „Auf der gemeinsamen Veranstaltung des DFB, der DFL und der GdP Anfang Januar in Frankfurt haben die Fußballverbände und die Polizei gegenüber den Fans ihre uneingeschränkte Dialogbereitschaft demonstriert. Eine Minderheit von Fußballgewalttätern will offenbar weiterhin den begonnen Prozess unterlaufen.“ Umso wichtiger sei es nun, so der GdP-Vorsitzende, einerseits den guten Weg des Miteinander entschlossen weiter zu gehen und andererseits Straftaten sogenannter Fußballfans innerhalb und außerhalb der Stadien konsequent zu verfolgen und zu bestrafen.

Die Gewalt-Vorfälle rund um den Fußball an den letzten Wochenenden zeigten deutlich, so bilanzierte Witthaut, dass personalaufwändige Fußballeinsätze auch weiterhin einen wesentlichen Teil des polizeilichen Einsatzgeschehens einnehmen würden. Witthaut: „Verbände und Fußball-Fans dürfen in ihren Bemühungen nicht nachlassen, die Gewalt rund um den Fußball zu stoppen.“ Es dürfe nicht sein, dass eine gewaltbereite Minderheit die Mehrheit der friedlichen Fußball-Fans durch ihren Taten in Sippenhaft nehme.

Die GdP forderte die Vereine auf, von ihrem Recht, Stadionverbote auszusprechen, konsequent Gebrauch zu machen.

Witthaut: „Die Vereine dürfen sich von Ultras nicht bevormunden lassen. Auch schon bevor Ultras damit begannen, sich als die einzig wahren Fans zu präsentieren, herrschte in deutsche Stadien gute Stimmung. Eine Stimmung im Übrigen, die sich spontan entwickelte und sich am Gegner und am aktuellen Spielgeschehen orientierte.“

Herausgeber:

Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand, Pressestelle

Pressesprecher:

Rüdiger Holecek (Handy: 01 72 - 7 12 15 99)

Berlin:

Stromstraße 4, 10555 Berlin

Telefon: (0 30) 39 99 21 (0)- 117/116

Telefax: (0 30) 39 99 21 - 190